

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 30. September 1981

am Donnerstag, dem 1. Oktober 1981

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Dr. Adam-Schwaetzer (FDP)	112, 113	Lenzer (CDU/CSU)	70, 71
Amling (SPD)	32	Leuschner (SPD)	116, 117
Berger (Lahnstein) (CDU/CSU)	19	Linsmeier (CDU/CSU)	82
Biehle (CDU/CSU)	77, 78	Louven (CDU/CSU)	89, 90
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	66, 67	Marschall (SPD)	102, 103
Broll (CDU/CSU)	20, 48	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	24, 86
Cronenberg (FDP)	114, 115	Merker (FDP)	1, 2
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	6	Dr. Miltner (CDU/CSU)	73, 74
Dörflinger (CDU/CSU)	30, 31	Milz (CDU/CSU)	23, 49
Duve (SPD)	36, 37	Möhring (SPD)	64, 65
Eigen (CDU/CSU)	106, 107	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	40, 41
Dr. Feldmann (FDP)	12, 33	Niegel (CDU/CSU)	94, 95
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	14, 15	Poß (SPD)	83, 96
Hansen (SPD)	21	Repnik (CDU/CSU)	34, 35
Hauser (Krefeld) (CDU/CSU)	87, 88	Dr. Rose (CDU/CSU)	4, 5
Dr. Hennig (CDU/CSU)	3, 58	Schlatter (SPD)	84, 85
Herberholz (SPD)	79, 111	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	91
Heyenn (SPD)	75, 76	Schröder (Lüneburg) (CDU/CSU)	80, 81
Hölscher (FDP)	61, 62	Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU)	108, 109
Holsteg (FDP)	104, 105	Schwarz (CDU/CSU)	47
Horstmeier (CDU/CSU)	11	Seiters (CDU/CSU)	10
Dr. Hubrig (CDU/CSU)	118, 119	Sielaß (SPD)	18
Frau Hürland (CDU/CSU)	42, 43	Frau Simonis (SPD)	63
Dr. Hupka (CDU/CSU)	92, 93	Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	16, 17
Jansen (SPD)	52	Dr. Soell (SPD)	50, 51
Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	46	Spranger (CDU/CSU)	72
Dr. Jobst (CDU/CSU)	7	Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	53, 59
Kiechle (CDU/CSU)	26, 27	Stutzer (CDU/CSU)	38, 39
Kirschner (SPD)	8, 9	Urbaniak (SPD)	100, 101
Dr. Klejdzinski (SPD)	55, 56	Vogelsang (SPD)	25
Krey (CDU/CSU)	54	Dr. Voss (CDU/CSU)	44, 45
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	28, 29	Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU)	22
Dr. Kübler (SPD)	97, 98	Weirich (CDU/CSU)	68, 69
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	57, 110	Wiefel (SPD)	13
Dr. Lammert (CDU/CSU)	99	Zierer (CDU/CSU)	60

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

1. Abgeordneter
Merker
(FDP) Sind der Bundesregierung die Absicht der französischen Fernmeldeverwaltung, die derzeitigen Telefonbücher durch ein „elektronisches Fernsprechbuch“ zu ersetzen, und die Testergebnisse von San Marlou sowie die Erfahrungen im Departement Ille-et-Vilaine (Bretagne) bekannt, und wenn ja, sieht sich die Deutsche Bundespost dadurch veranlaßt, den bisher von ihr — im wesentlichen aus wirtschaftlichen Erwägungen — eingenommenen Standpunkt zu revidieren?
2. Abgeordneter
Merker
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, ein elektronisches Fernsprech-Auskunftssystem einzuführen, wenn dessen Wirtschaftlichkeit dadurch gesichert werden kann, daß den angeschlossenen Fernsprechteilnehmern der gleichzeitige Zugang zum Bildschirmtext eröffnet wird und gegebenenfalls weitere Benutzungsanreize geschaffen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung die weitere Entwicklung des Aussiedlerwohnungsbaus vor, und welche Priorität räumt sie ihm angesichts der gegenwärtigen Haushaltsschwierigkeiten ein?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Welche Haushaltsmittel sind 1981/82 vorgesehen, um Schwarze aus dem südlichen Afrika als Stipendiaten in der Bundesrepublik Deutschland ausbilden zu lassen?
5. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Stimmen Zeitungsmeldungen, daß die Stipendiums-anwärter in Namibia SWAPO-Mitglieder sein müssen und daß ihnen gesagt wird, sie sollten sich in Luanda oder in Botswana als Flüchtlinge registrieren lassen, um einen Ausbildungsplatz in Deutschland zu erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

6. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung zur Forderung aus Kreisen der Tankstellenpächter, die Verkaufszeiten der Tankstellen an Wochenenden und Feiertagen durch Änderung des § 6 des Ladenschlußgesetzes einzuschränken?

7. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß durch den vorgesehenen Abbau von 150 Arbeitskräften im Zweigwerk Schwandorf der Firma Triumph-Adler AG die Beschäftigungslage in dieser ohnehin von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Region der mittleren Oberpfalz, in der durch die Umstrukturierung in der oberpfälzer Stahlindustrie und durch die Schließung des Betriebs der bayerischen Braunkohleindustrie ein einschneidender Verlust von Arbeitsplätzen bevorsteht, sich weiterhin drastisch verschlechtert?
8. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- In welchem Umfang hat die Bundesanstalt für Arbeit in den letzten fünf Jahren Leistungen an Personengruppen gewährt, z. B. ehemalige Selbständige, Beamte auf Widerruf, Soldaten (Aufschlüsselung nach der Anzahl der einzelnen Personengruppen), die zuvor keine Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit entrichtet haben?
9. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wieviel Überstunden wurden nach Erkenntnissen der Bundesregierung in den letzten Jahren von den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland geleistet oder sind Schätzungen bekannt, und wie viele Arbeitnehmer könnten theoretisch zusätzlich beschäftigt werden, wenn die gültige Arbeitszeitordnung von einer regelmäßigen Arbeitszeit von 40 Stunden ausginge?
10. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß künftig Behörden, insbesondere Kommunen, von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeschlossen werden, und zwar auch in Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit?
11. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung darüber machen, inwieweit sich die sogenannte Alte Last im Rahmen der Altershilfe für Landwirte in einer Weise geändert hat, die eine Änderung der Finanzierungsgrundlage rechtfertigt?
12. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Berechnungen des Wirtschaftsmagazins „Impulse“ bestätigen, wonach etwa 20 Prozent der Lohnfortzahlungskosten durch mißbräuchliches Krankfeiern entstehen, und sich diese Kosten pro Jahr auf 20 Milliarden DM addieren sollen?
13. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte für die in verschiedenen Veröffentlichungen vertretene Ansicht, daß nach den jüngsten Erkenntnissen das systematische Krebsvorsorgeprogramm in der vorliegenden Form aufwendig und teuer, aber wertlos sei?
14. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Bemühungen zur Dämpfung der Kosten im Gesundheitswesen auf die sogenannte Negativliste zu verzichten, da sowohl medizinisch als auch gesetzlich nicht klar zu definieren ist, in welchen Fällen es sich um Erkrankungen von geringfügiger Bedeutung handelt?

15. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die sogenannte Negativliste zu Wettbewerbsverzerrungen in der pharmazeutischen Industrie und zur Vernichtung vieler kleiner und mittlerer Betriebe führen wird, so daß die sozialen Folgekosten (Vernichtung von Arbeitsplätzen) größer wären als die Einsparungen im Arzneimittelbereich?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

16. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Pilotenausbildungszentrum in Arizona aufgelöst bzw. die Ausbildung deutscher Piloten dort reduziert und in die Bundesrepublik Deutschland zurückverlegt wird?
17. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Wenn ja, ist damit zu rechnen, daß im Bereich der gesamten Bundesrepublik Deutschland zusätzliche Ausbildungsflüge stattfinden werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine weitere Lärmbelästigung der Bürger, besonders im Bereich von Memmingen und Bad Wörishofen, die jetzt schon an der äußersten Grenze der Zumutbarkeit liegt, zu vermeiden?
18. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch die verstärkte Behandlung des Themas „Friedenssicherung und Bundeswehr“ in der Schule wirklich der kritische Dialog zwischen Bundeswehr und Gesellschaft intensiviert wird, oder könnte nicht vielmehr dieser Unterricht als unkritische Sympathiewerbung für die Bundeswehr verstanden werden?
19. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse eines besseren Zusammenhalts der Truppe, im Interesse der Kameradschaft und zur Erhöhung der Weiterverpflichtungsbereitschaft darauf hinzuwirken, daß in Zukunft wieder, wo immer dies möglich ist, die Einheiten der Bundeswehr so aufgefüllt werden, daß die Soldaten für die gesamte Dauer der Grundwehrdienstzeit von der Grundausbildung an bei einander bleiben können, und stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, daß dies für die Motivation der Soldaten und damit für das innere Gefüge der Bundeswehr von größter Bedeutung ist?
20. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Nach welchem System sind bei den Soldaten der Bundeswehr die Stellen A 9 + Zulage verteilt worden, und trifft es zu, daß nur Stellen bei höheren Stäben mit diesen Zulagen ausgestattet sind?
21. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Welche erkennbaren Erfolge hat die dem chilenischen Oberstleutnant Helmut Kraushaar an der Führungsakademie der Bundeswehr 1975/76 gewährte Ausbildungshilfe, deren erklärtes Ziel laut Auskunft der Bundesregierung war, „Eindrücke über demokratische Verhaltensweisen und demokratische Entscheidungsfindung in unserem Lande zu vermitteln, ihm so ein praktisches Bild

vom Funktionieren eines demokratischen Rechtsstaats aufzuzeigen und so sein Verständnis für die Demokratie zu fördern“ (15. Juli 1975), seit der Rückkehr dieses so gebildeten Offiziers in die Militärdiktatur Chile gehabt?

22. Abgeordneter
**Graf von
Waldburg-Zeil**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer so schlecht besetzt sind, daß Wehrpflichtige, die im Frühjahr dieses Jahres Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen nach Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes gestellt haben, auf Prüfungstermine frühestens im April 1982, möglicherweise aber auch im Herbst oder noch später vertröstet werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um eine zügigere Abwicklung der Verfahren zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

23. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung herausgegebene Broschüre „Muß-Ehen muß es nicht geben“ für jedermann frei verfügbar, und hält die Bundesregierung diese Art von Aufklärung für angemessen?
24. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz**
(SPD)
- Wann ist damit zu rechnen, daß das Bundesgesundheitsamt seine Entscheidung über mögliche Einschränkungen im Gebrauch von metamizolhaltigen Arzneimitteln bekanntgibt, und ist davon auszugehen, daß diese Arzneimittel verboten werden, wie dies in Schweden der Fall ist?
25. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Kinder und Jugendliche vor dem suggestiven Einfluß geschützt werden müssen, der von den Telespielautomaten ausgehen kann, die Kriegsschauplätze abbilden und zu aggressivem Handeln auffordern, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um der zunehmenden öffentlichen Verbreitung dieser Telespielautomaten entgegenzuwirken?
26. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, ob neben Staaten wie den USA, Japan, Südostasien und Kanada auch die Bundesrepublik Deutschland das als „australisches Rindfleisch, erste Qualität“ (Neue Zürcher Zeitung vom 10. September 1981) deklarierte Känguruh-, Esels- und Pferdefleisch importiert hat?
27. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vor derartigen Manipulationen zu schützen?
28. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im „BPS-Report“ (Informationsdienst der Bundesprüfstelle zum Jugendmedienschutz) vom 30. April 1980 die These wiedergegeben wurde, daß „das Massaker an polnischen Offizieren im Wald in Katyn von sowjetischen Truppen begangen wurde“, eine „Goebbels-These“ sei, und wie steht sie zu dieser Auffassung?

29. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für richtig, daß im „BPS-Report“ Informationen aus „Die Tat“, dem Organ der nach Auskunft des Verfassungsschutzberichts kommunistisch beeinflussten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), unkommentiert als alleinige Informationsquelle nachgedruckt werden, und trifft es zu, daß der „BPS-Report“ seit dem 15. Januar 1981 als Verlagsobjekt der Gesellschaft „Jackwerth und Welker“ erscheint?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

30. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Hochrheingebiet, insbesondere in den Gemeinden Hohentengen, Küsserberg, Klettgau und Albbruck, ermittelten und durch den Betrieb des Flughafens Zürich-Kloten verursachten Lärmmeßwerte?
31. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Welche Gründe waren ausschlaggebend für die Aussetzung der deutsch-schweizerischen Verhandlungen mit dem Ziel einer Begrenzung der Lärmbelästigung deutscher Bürger im Hochrheingebiet durch den Betrieb des Flughafens Zürich-Kloten, und ist die Bundesregierung bereit, diese Gespräche wieder aufzunehmen und als Ergebnis eine staatsvertragliche Regelung anzustreben, die eine spürbare Entlastung der deutschen Bürger in oben genannter Hinsicht mit sich bringt?
32. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit das bei jüngeren Verkehrsteilnehmern zunehmend verbreitete Tragen von Kopfhörern, die in Verbindung mit Recordern Tonbandmusik ausstrahlen und damit vor allem bei Rad-, Mofa- und Kraftradfahrern sowie Fußgängern die Wahrnehmung akustischer Signale im Straßenverkehr verhindern, und sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit und gegebenenfalls Möglichkeiten, dies zu unterbinden?
33. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten den gemeinsamen Versuch der staatlichen Monopolunternehmen Deutsche Bundesbahn (DB) und Deutsche Bundespost, den sogenannten Bahn-Post-Feldversuch, Bahnfahrkarten und eventuell später auch DB-Touristikprogramme an Postschaltern bundesweit zu verkaufen?
34. Abgeordneter
Repnik
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung in ihren Bereichen, z. B. den Strecken der Deutschen Bundesbahn, zu ergreifen, um zu verhindern, daß Herbizide, die bei Unkrautvertilgungsaktionen an den Gleisanlagen der Deutschen Bundesbahn auch in unmittelbarer Nähe von Wasserschutzgebieten verwendet werden, nicht in das Grundwasser oder in Quellwasser eindringen, da noch nicht hinreichend geklärt ist, welche Gesundheitsgefahren von 2, 4, 5 T-Herbiziden auch bei sachgemäßer Anwendung ausgehen?

- | | |
|---|---|
| 35. Abgeordneter
Repnik
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Erkenntnis darüber, welche Schäden durch die Anwendung von Herbiziden bei der Unkrautvernichtung an Gleisanlagen der Deutschen Bundesbahn durch Verunreinigung von Quell- oder Grundwasser entstanden sind? |
| 36. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Kann die Bundesregierung angeben, ob und in welchem Umfang der Transport von Fahrrädern bei der Deutschen Bundesbahn in der Reisesaison 1981 zugenommen hat? |
| 37. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Sind hierbei Engpässe bei der Beförderung in den Zügen und bei der Lagerungskapazität auf den Bahnhöfen aufgetreten? |
| 38. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wie sich der Sauerstoff-, Nährstoff-, Plankton- und Schwermetallgehalt in der Ostsee entwickelt, und welche Einflüsse diese Entwicklung auf Mensch, Tier- und Pflanzenwelt hat? |
| 39. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß die auf dem siebenten Symposium der „Baltischen Meeresbiologen“ erarbeiteten Forschungsergebnisse mit dem Ergebnis, ein Netz von Stationen einzurichten, um die Qualität des Ostseewassers systematisch zu überwachen, in die Praxis umgesetzt werden, oder hat sie hier andere Vorstellungen, die dem Schutz der Ostsee dienen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

- | | |
|---|---|
| 40. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Mit welchem Ergebnis wurde der 1974 erteilte Auftrag zur Erstellung eines Vorschlags für eine bundeseinheitliche Regelung des Bildungsurlaubs von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung bearbeitet? |
| 41. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, sich für ein bundeseinheitliches Bildungsurlaubsgesetz einzusetzen, und wenn ja, wann wird sie hierzu geeignete Schritte einleiten? |
| 42. Abgeordnete
Frau
Hürland
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung es für gerecht, daß bei der Antragstellung auf Leistung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ausschließlich die Einkommensverhältnisse der Unterhaltspflichtigen der letzten zwei Jahre zugrundegelegt werden, auch dann, wenn sich diese Einkommensverhältnisse nachweislich so negativ entwickelt haben, daß der Antragsteller und die Unterhaltsverpflichteten sich — etwa durch schwere Erkrankung und voraussichtlich auf Dauer arbeitsunfähigen Familienvaters — in einer akuten Notlage befinden, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus? |

43. Abgeordnete
**Frau
Hürland**
(CDU/CSU)
- Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch in einem solchen Ausnahmefall zunächst eine Bearbeitung des Antrags auf Leistung nach dem BAföG auf Grund des Einkommens der letzten zwei Jahre zu erfolgen habe – ungeachtet der tatsächlichen Einkommensentwicklung –, und daß nur bei einem Widerspruchsverfahren dieses neue, geminderte Einkommen für die Leistungsgewährung berücksichtigt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

44. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Einlassungen des Bundesbildungsministers Engholm zum NATO-Doppelbeschluß mit der Geschäftsordnung der Bundesregierung vereinbar sind, insbesondere mit § 12, wonach Äußerungen eines Bundesministers, die in der Öffentlichkeit erfolgen oder für die Öffentlichkeit bestimmt sind, mit den vom Bundeskanzler gegebenen Richtlinien der Politik in Einklang stehen müssen?
45. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Wenn nein, was hat die Bundesregierung veranlaßt, um derartige Äußerungen eines Bundesministers zu verhindern, die geeignet sind, die Politik der Bundesregierung zu untergraben?
46. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Mahnung des Bundeskanzlers im Bundestag am 18. September an „die Politiker“, welche bei der Demonstration am 10. Oktober reden wollen, allenfalls bei entsprechender organisatorischer Vorsorge gegen den Mißbrauch ihrer Demonstration könnten sie verantworten, „was insgesamt aus der Sache wird“, inzwischen so Rechnung getragen, daß sich die Sorgen des Bundeskanzlers erledigt haben?
47. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß nach der vom Bundeskanzler geäußerten Auffassung SPD-Politiker wie die Herren Eppler und Lafontaine durch ihre Zusammenarbeit mit den Organisatoren der für den 10. Oktober in Bonn vorgesehenen „Friedensdemonstration“ zwar nicht subjektiv, wohl aber objektiv das Spiel der Sowjetunion spielen?
48. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Sind Berichte zutreffend, daß der Bundeskanzler, als er von Herrn Epplers geplantem Auftritt bei der Demonstration am 10. Oktober erfuhr, diesen als „Spinner“ bezeichnet habe?
49. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welche jährlichen Kosten entstehen durchschnittlich, wenn das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bei Regionalmessen mit einem Stand vertreten ist, bei dem die verschiedensten Publikationen von Bundesministerien und Bundesbehörden kostenfrei erhältlich sind?
50. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, den Antrag der Filmregisseurin Helga Reidemeister abzulehnen, ihr Projekt eines Dokumentarfilms über Karola Bloch finanziell zu unterstützen?

51. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Bedeutet der im Ablehnungsbescheid des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung enthaltene Satz „die entscheidenden Lebensjahre von Frau Bloch haben sich ‚par la force des choses‘ außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgespielt“ (Frankfurter Rundschau vom 18. September 1981), daß die Bundesregierung ihre jahrzehntelangen Bemühungen um materielle und moralische Wiedergutmachung seit neuestem von der Dauer des Aufenthalts ehemaliger Emigranten in der Bundesrepublik Deutschland abhängig macht?
52. Abgeordneter
Jansen
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung des Regierungssprechers Becker über die Hörer des NDR und WDR, wenn er am 18. September 1981 im Morgenmagazin des WDR II in einem Interview über eine Sendung auf NDR/WDR I zum Thema „Rüstung/Abrüstung/NATO-Doppelbeschuß“ wie folgt formulierte: „Es handelt sich um eine Sendung, der — glaube ich — nur ein sehr kleiner Teil Ihrer Hörschaft zu folgen vermag.“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

53. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem völkerrechtswidrigen und vertragsverletzenden sowjetischen Einsatz von Giften und anderen verbotenen Kampfstoffen in Südostasien für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, insbesondere für die bevorstehenden Gespräche über Abrüstungsvereinbarungen und das Gesprächsprogramm zum bevorstehenden Besuch von Generalsekretär Breschnew bei?
54. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß für Polen bestimmte, mit öffentlichen Mitteln oder privaten Spenden geförderte Fleischlieferungen aus EG Staaten ohne Zustimmung der Lieferanten bzw. Spender nicht in dem Bestimmungsland Polen ankommen, sondern in die Sowjetunion umgeleitet werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Zweckentfremdung von Nahrungsmittellieferungen zum Nachteil der polnischen Bevölkerung zu unternehmen?
55. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Welchem Recht unterliegt das von einer zukünftigen Seerechtskonvention vorgesehene Unternehmen der Meeresbodenbehörde und das von diesem Unternehmen zu betreibende Förderschiff, insbesondere hinsichtlich der Vorschriften des Arbeitsrechts und der Arbeitssicherheit?
56. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist nach Auffassung der Bundesregierung in dem Entwurf der Seerechtskonvention ein Mindeststandard an arbeitsrechtlichen und arbeitssicherheitsrechtlichen Vorschriften gewährt, und wenn nicht, sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Vorschläge der Internationalen Arbeitsorganisation über die Schaffung von Mindeststandards noch in die Verhandlungen auf der nächsten Session der 3. VN-Seerechtskonferenz einzubringen?

57. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das an den deutschen Schulen im Ausland verwendete und von ihr finanzierte Lehrbuch „Vorwärts international“ im Hinblick auf seine Aufgabe, die deutsche Sprache als Kultursprache darzustellen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dieser Erkenntnis zu ziehen?
58. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Aussiedler aus der Sowjetunion dort umgerechnet 170 DM an Konsulatsgebühren entrichten müssen, um ihre sowjetische Staatsangehörigkeit loszuwerden, und ist die Bundesregierung bereit, mit der sowjetischen Regierung in Gespräche darüber einzutreten, ob diese Summe nicht als überhöht und daher mit der KSZE-Schlußakte unvereinbar angesehen und deshalb wesentlich herabgesetzt werden muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

59. Abgeordneter
Graf
Stauffenberg
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse oder Anhaltspunkte, daß die sogenannte Wehrsportgruppe Hoffmann bzw. ihre Mitglieder organisierte, technische, logistische oder ausbildungsmäßige Hilfe aus dem Ausland erhalten haben, und wenn ja, kann sie mitteilen, wer diese Unterstützung geleistet und finanziert hat?
60. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Ost-Berlin eingetroffene Flüchtlinge aus Pakistan – möglichst unbemerkt in der Nacht – nach West-Berlin weitergeschoben werden, wie ich persönlich in der Nacht vom 13. auf den 14. September 1981 feststellen konnte, und welche Kontrollmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, derartige illegale Einwanderungen in Zukunft zu verhindern?
61. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) Worauf stützt die Bundesregierung konkret ihre Behauptung, die Versagung der Arbeitserlaubnis sei die entscheidende Ursache für den Rückgang der Zahl der Asylbewerber?
62. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) Welche Auswirkung hat die Einführung des Visumzwangs auf die Zahl der Asylbewerber, und welche Erfahrungen liegen seitens der deutschen Vertretungen im Ausland vor?
63. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, Frauen, die aus religiösen Gründen in ihren Heimatländern vom Tode durch Familienmitglieder bedroht sind, den Status von Flüchtlingen nach den Richtlinien des UNHCR zu geben, und ist der Bundesregierung bekannt, wie viele bedrohte Frauen versucht haben, in Deutschland Asyl zu erhalten?
64. Abgeordneter
Möhring
(SPD) Kann sich die Bundesregierung meiner Auffassung anschließen, daß dort, wo sich Möglichkeiten innerhalb von Behörden aller Ebenen anbieten, bei Erledigung von Dienstgängen der Einsatz des Privatfahrrades dem Einsatz des Privat-PKW vorzuziehen ist (falls keine entsprechenden Diensttransportmittel zur Verfügung stehen), um hohe Treibstoff-

- und Entschädigungskosten einzusparen, den Straßenverkehr zu entlasten und die Umweltbelastung zu verringern?
65. Abgeordneter
Möhring
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Bestimmungen aus dem Bundesreisekostengesetz insoweit zu ändern, daß auch die dienstliche Nutzung von Privatfahrrädern in die Entschädigungsleistung einbezogen wird, um generell einer PKW-Nutzung entgegenzuwirken?
66. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen zwei aus der DDR geflüchtete Angehörige der dortigen „Nationalen Volksarmee“ in der Bundesrepublik Deutschland berichtet hätten, daß wegen unzureichender Kontrolle auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland wiederholt von Angehörigen der DDR Grenzsicherungsorgane Flüchtlinge bis zu 200 Meter auf westdeutsches Gebiet verfolgt worden und mit Waffengewalt zur Rückkehr gezwungen worden seien?
67. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Treffen die Berichte derselben in die Bundesrepublik Deutschland geflüchteten Angehörigen der DDR Grenzsicherungsorgane zu, daß regelmäßig an der Zonengrenze Agenten der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geschleust würden?
68. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Stellt der Brief des Bundesinnenministers an den Landesverband der hessischen „Grünen“, der von dieser Organisation am 14. September 1981 der Presse übergeben wurde und in dem der Hanauer Brennelemente-Fabrik Alkem mit einem Verarbeitungsverbot für Plutonium gedroht wurde, die Auffassung der Bundesregierung dar?
69. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) War die Haltung des Bundesinnenministers, der in dem Brief an den Landesverband der hessischen „Grünen“ deutlich wurde, mit der hessischen Landesregierung zuvor abgestimmt?
70. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Waren die beiden Bremer Wissenschaftler Prof. Dr. Björn Bleck-Neuhaus und Dr. Klaus Bätjer, die am 3. September 1981 vom Landgericht München I verurteilt wurden, Behauptungen über eine angebliche schlechte Qualität von im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld eingebauten Armaturen zu unterlassen und zu widerrufen, mittelbar oder unmittelbar an Forschungsaufträgen, z. B. für Gutachten vom BMFT und/oder BMI, beteiligt?
71. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wenn ja, auf welche Fachgebiete haben sich diese Arbeiten bezogen, und wie hoch waren die dafür aufgewendeten Haushaltsmittel?
72. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Stimmt die aus Pressemeldungen hervorgehende Erklärung des Bundesinnenministers, bei allen Demonstrationen ziehe der Pöbel mit, mit den Erkenntnissen der Bundesregierung überein, oder ist es tatsächlich in der Regel so, daß diese Feststellung zwar für gemeinsame Demonstrationen von Demokraten und politischen Extremisten, nicht aber für allein von Demokraten veranstaltete Demonstrationen – wie jüngst in Berlin zum Jahrestag des Mauerbaus und noch am 24. September bei der Bauarbeiterdemonstration oder in Frankfurt zur Verteidigung bedrohter Arbeitsplätze – gilt?

73. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß das von der DKP ins Leben gerufene und gelenkte Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit – das eine führende Rolle bei der Propagierung des Krefelder Appells spielt – und die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Nebenorganisation der DKP, wichtige Funktionen bei der Vorbereitung und Durchführung der für den 10. Oktober in Bonn geplanten Demonstration übernommen haben?
74. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Welche zur DKP oder ihrem Einflußbereich gehörenden überörtlichen Organisationen haben nach Kenntnis der Bundesregierung ihre Teilnahme an der Demonstration am 10. Oktober in Bonn angemeldet, und welche Schritte der die Demonstration veranstaltenden „Aktionsgemeinschaft für den Frieden“ oder der angemeldeten demokratischen Organisationen, sich politische Extremisten vom Leibe zu halten oder sich sonst sichtbar von ihnen zu distanzieren, sind der Bundesregierung bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

75. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Welche der im Bericht der Bundesregierung vom 9. Februar 1978 angesprochenen Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung von ehelichen Kindern und Adoptivkindern sowie von leiblichen Eltern und Adoptiveltern sind bisher verwirklicht?
76. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß die 1978 aufgezeigten erforderlichen Veränderungen noch 1981 nicht in vollem Umfang realisiert wurden?
77. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Was will die Bundesregierung unternehmen, um die Strafe für den lt. Presse „im Mai 1980 vom Obersten Landgericht wegen Spionage für die DDR zu einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilten ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Friedrich Cremer“ aus Lengfurt zu vollziehen, nachdem das Urteil auch nach verschiedenen Revisionen seit Juni bereits rechtskräftig ist?
78. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Was ist der Grund der Verzögerung des längst fälligen Strafvollzugs gegen den rechtskräftig verurteilten ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Cremer aus Lengfurt?
79. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- An welche gesetzliche Änderung der Strafprozeßordnung denkt die Bundesregierung, um die bislang bestehende Beschlagnahmefreiheit von selbsterarbeitetem journalistischen Material einzugrenzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

80. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Wie hoch lagen im Jahr 1980 die Umsätze der Duty-free-Shops auf den deutschen Flughäfen, und wieviel Arbeitsplätze sind mit den Duty-free-Shops verbunden?
81. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) In welcher Höhe fielen 1980 den öffentlichen Kassen Mehrwertsteuer-, Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuereinnahmen aus dem Betrieb der Duty-free-Shops auf den Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland an?
82. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß innerhalb der Bundesregierung Überlegungen im Gange sind, dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung vorzulegen, dessen Annahme durch den Deutschen Bundestag die Abschaffung der verbilligten Abgabe von Grundstücken des Bundes zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus beinhalten würde?
83. Abgeordneter
Poß
(SPD) Können – wie die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ meint – durch intensive Bekämpfung der Steuerhinterziehung Mehreinnahmen in Höhe von 12,6 Milliarden DM erzielt werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Feststellung?
84. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Plant die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Beseitigung von Leistungsmißbrauch und der Bekämpfung von „Schwarzarbeit“ auch Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug in der Wirtschaft?
85. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Ausfall von Einnahmen für die Gebietskörperschaften durch Steuerhinterziehung und ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Subventionen für den Zeitraum des Finanzplans des Bundes 1981 bis 1985?
86. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) Wie weit sind die Bestrebungen des Bundesfinanzministers gediehen, den Kraftstoff für Flugzeuge entsprechend hoch zu besteuern wie Autobenzin und Diesel?
87. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bei der Ablehnung von Anträgen zur Erhöhung der Pauschsätze für Verpflegungsmehraufwendungen auf Reisen ausreichend berücksichtigt, daß – wenn auch unter erschwerten Bedingungen – jeder Steuerpflichtige die Möglichkeit hat, anstelle von Pauschbeträgen die Verpflegungsmehraufwendungen bei Geschäftsreisen im Wege des Einzelnachweises geltend zu machen, so daß die steuerliche Wirkung die gleiche wäre wie bei einer angemessenen Erhöhung der Pauschbeträge, ja möglicherweise für den Fiskus noch ungünstiger würde, wenn infolge unrealistisch niedriger Pauschbeträge geradezu ein Zwang zur Anwendung des Einzelnachweises ausgeübt wird?

88. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart sich die Ablehnung durch den Bundesfinanzminister mit einer Erklärung des Bundesinnenministers gegenüber dem Deutschen Beamtenbund vom 5. Dezember 1980, daß die Tage- und Übernachtungsgelder des Bundesreisekostengesetzes (die mit den für die Wirtschaft geltenden Pauschbeträgen übereinstimmen) durch die seit-herige Preisentwicklung wertmäßig abgesunken sind, und daß er diese Entwicklung zum Anlaß nehmen werde, im nächsten Jahr (also im Jahr 1981) eine angemessene Erhöhung anzustreben?
89. Abgeordneter
Louven
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung durch den Bundesfinanzminister einen Antrag der Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter- und Handelsmakler-Verbände (CDH), die seit mehr als drei Jahren unveränderten Pauschsätze für Verpflegungsmehraufwendungen auf der Reise anzuheben, abgelehnt hat, obwohl die Preise im Gaststättengewerbe inzwischen um mehr als 15 v. H. angestiegen sind, und wenn ja, womit begründet sie diese Ablehnung?
90. Abgeordneter
Louven
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß der Bundesfinanzminister in diesem Zusammenhang von einer „Entlastung“ gesprochen hat, obgleich die festgesetzten Pauschbeträge nicht eine steuerliche Vergünstigung, sondern lediglich eine sowohl im Interesse der Steuerpflichtigen als auch im Interesse der Steuerverwaltung liegende Möglichkeit zur vereinfachten Geltendmachung von Betriebsausgaben darstellt?
91. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Bundesfinanzhof in München in einem Urteil feststellt hat, daß Bußgelder, die wegen des Verstoßes gegen die Zweckentfremdungsverordnung durch Leerstehenlassen von Häusern verhängt werden, steuerlich absetzbar sind, und wenn ja, sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit gesetzlicher Initiativen, damit die zum Schutz des Wohnungsbestands erlassenen Bestimmungen auch künftig sinnvoll angewandt werden können?
92. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist die erste Rate des der Volksrepublik Polen gewährten Kredits in Höhe von 1 Milliarde DM gemäß dem Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredits fristgerecht zurückgezahlt worden?
93. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Sind die für den Finanzkredit in Höhe von 1 Milliarde DM fälligen Zinszahlungen gemäß dem Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredits von der Volksrepublik Polen termingerecht gezahlt worden?
94. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Auswirkung ihrer Beschlüsse und die Auswirkung auf die Tagespresse zum Wegfall der Versicherungsfreigrenze für geringfügig Beschäftigte und die Beschränkung der Lohnsteuerpauschalierung auf nur noch eine Teilzeitbeschäftigung bei Tageszeitungsverlagen im ländlichen Raum, bezüglich der Zeitungsausträger aber auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Information der dort wohnenden Bevölkerung?

95. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es bei einer Verwirklichung des im vorigen genannten Tatbestandes noch genügend nebenberufliche Zeitungsausträger gibt, die zu dem ungünstigen Morgen-termin bereit sind, zusätzlich Lohnsteuer, notfalls in der Progressionsstufe, und Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen, oder ist sie der Meinung, daß die Tageszeitungsverlage im ländlichen Raum bei abnehmendem Anzeigenaufkommen und zunehmender Medien-Konkurrenz dies auffangen oder auf den Zeitungsleser abwälzen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

96. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Könnte – wie die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ annimmt – in Fällen, in denen Kapitalabflüsse auf großes Zinsgefälle zum Ausland zurückzuführen sind, eine Bardepotpflicht analog zu § 6 a des Außenwirtschaftsgesetzes eingeführt werden, und wenn ja, zieht die Bundesregierung dies in Betracht?
97. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Informationen vor, welchen prozentualen Anteil heute die Mikroelektronik an ihrem möglichen Gesamtanwendungsbereich schon hat, und welchen prozentualen Anteil die Mikroelektronik in den Jahren 1985 und 1990 möglicherweise haben wird?
98. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung die zunehmende Einführung der Mikroelektronik auf den Bestand der Arbeitsplätze in den Unternehmens- und Behördenbereichen, in denen sie zur Anwendung kommen wird, und in welchen Unternehmens- und Behördenbereichen werden nach Auffassung der Bundesregierung zuerst und vor allem Arbeitsplatzbestandsfragen entstehen?
99. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu (z. B. Ruhr-Nachrichten vom 21. September 1981, Westdeutsche-Allgemeine-Zeitung vom 22. September 1981), nach denen die Gründung einer Ruhrstahl-AG beabsichtigt sei, an der sich neben Hoesch und Krupp auch der Bund beteiligen werde, und soll der bundeseigene Salzgitter-Konzern gegebenenfalls in einen solchen Verbund einbezogen werden?
100. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht einiger Stahlfirmen, die für den 1. Oktober 1981 zur notwendigen Erlösstabilisierung vorgesehene Preiserhöhung beim Stahl erst am 1. November vorzunehmen, und hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, welche Auswirkungen eine solche zeitliche Verschiebung für die Lage einzelner Unternehmen in der Stahlwirtschaft hätte?
101. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Werden die Preisabmachungen auf dem Stahlmarkt eingehalten, und wenn nicht, welche rechtlichen und politischen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Einhaltung dieser Preisabmachungen hinzuwirken?

102. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung bekanntgewordene Wirtschaftsuntersuchungen, nach denen durchschnittliche Vorstandsvergütungen deutscher Unternehmen 1979/80 gegenüber den Vorjahren außerordentlich angewachsen und dabei z. B. erstmalig in der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1979 die durchschnittlichen Bezüge pro Vorstandsmitglied bei zwei Unternehmen auf 1,3 Millionen DM angestiegen sind?
103. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor, in welchem Ausmaß die durchschnittlichen Vorstandsbezüge im Unternehmensbereich in den letzten Jahren gestiegen sind, und wie wird diese Entwicklung angesichts der derzeitigen Wirtschaftsschwäche und den daraus abgeleiteten Sparmaßnahmen des Bundes beurteilt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

104. Abgeordneter
Holsteg
(FDP) Ist sich die Bundesregierung der Gefahr bewußt, daß bei zunehmender Konzentration im Bereich der Schweineproduktion in Europa immer weniger bäuerliche Familienbetriebe wegen ihrer geringen Flächenausstattung eine Chance zum Überleben haben, und wird die Bundesregierung deshalb bei den jetzt beginnenden Gesprächen zur Reform der europäischen Agrarpolitik von deutscher Seite aus die Fragen von Höchstbestandsgrenzen in der Schweineproduktion in Europa — wie sie bereits in der Schweiz und in Österreich bestehen — in die Diskussion einbringen?
105. Abgeordneter
Holsteg
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, nachdem die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sehr stark gekürzt worden ist und dadurch kaum mehr freie Mittel für die einzelbetriebliche Förderung zur Verfügung stehen, sich bei der EG dafür einzusetzen, daß über einige Jahre hinweg die einzelbetrieblichen Förderungen in den sensiblen Bereichen der Produktion von Milch und Fleisch vorübergehend ausgesetzt werden?
106. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Haushalt des französischen Landwirtschaftsministeriums um 15 bis 16 v. H. aufgestockt werden soll, und wie gedenkt die Bundesregierung angesichts dieser Tatsache und der Regierungsvorschläge, für den deutschen Landwirtschaftshaushalt die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu sichern?
107. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die französische Regierung sowohl den Weinbauern wie auch den Obst- und Gemüseerzeugern über die Marktordnungsmaßnahmen der EG hinaus nationale Beihilfen gewährt, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese nationale Wettbewerbsverzerrung zu unternehmen?

108. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Arbeitsplätze durch den starken Rückgang des Selbstversorgungsgrads bei Gemüsenäßkonserven in den letzten zehn Jahren verlorengegangen und wieviel zur Zeit gefährdet sind?
109. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der bedrohliche Rückgang des Selbstversorgungsgrads bei Gemüsenäßkonserven auf Wettbewerbsvorteile, insbesondere der französischen Konservenindustrie – wie staatliche Intervention von Gemüsekonserven, staatlich unterstützte Verkaufshilfsorganisationen, über den Bereich der EG Regelungen hinausgehende Kreditverbilligungen, Bahnsondertarife, die durch den staatlichen Agrarfonds FORMA ausgeglichen werden – beruht, die nicht mit der EG Marktordnung für Obst und Gemüse im Einklang stehen, und was gedenkt die Bundesregierung zum Schutze der inländischen Näßkonservenindustrie zu unternehmen?
110. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung nach einigen Jahren seines Bestehens die Konstruktion, Konzeption und bisherige Praxis des Programms für technische Zusammenarbeit (TCP) bei der FAO?
111. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wieviel Treibstoff schätzungsweise von den rund 15 000 Treckern, die an der Bauerndemonstration am 26. Juni 1981 in Schleswig-Holstein (Agrareurope vom 29. Juni 1981) teilnahmen, verbraucht wurde, und in welchem Umfang der Bund diesen Treibstoffverbrauch subventionierte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

112. Abgeordnete
Frau
Dr. Adam-Schwaetzer
(FDP) Welche Bundesmittel stehen der Bundesregierung im Haushalt 1982 im Rahmen ihres Programms zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit zur Verfügung, und welche Mittel sind davon für ihr Projekt „Schichtenspezifische Versorgungsprobleme im Gesundheitswesen“ vorgesehen?
113. Abgeordnete
Frau
Dr. Adam-Schwaetzer
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der empfindlichen Kürzungen des Bundeshaushalts 1982 im Gesundheitsforschungsbereich auf die Vergabe eines Teils der für das in Frage 112 genannte Projekt vorgesehenen Forschungsaufträge zu verzichten?
114. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP) Welche Priorität räumt die Bundesregierung im Rahmen ihres Programms zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit dem Bereich der Gesundheitssystemforschung im Verhältnis zu den Bereichen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung zur Verbesserung von Vorsorge, Behandlung und Rehabilitation ein?

115. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP) Ist die Bundesregierung angesichts der längerfristig angespannten Haushaltslage bereit, der unmittelbar gesundheits- oder krankheitsbezogenen Forschung den Vorrang vor der Gesundheitssystemforschung einzuräumen?
116. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Diskussion über eine hohe Energieabhängigkeit von der OPEC beim Erdöl Meldungen, nach denen ca. 60 v. H. der von deutschen Kernkraftwerken benötigten Uranbrennelemente in der Sowjetunion angereichert werden?
117. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) Wie hoch ist der prozentuale Anteil des bundesrepublikanischen Uranbezugs aus der Republik Südafrika und aus Namibia in den Jahren 1976 bis 1980 gewesen?
118. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welches waren die Gründe für die Vergabe von Forschungsprojekten zur Entwicklung energiesparender Glühlampen an ausgewählte Unternehmen der deutschen Wirtschaft, und ist geprüft worden, warum diese Unternehmen die vergebenen Forschungsprojekte nicht aus eigenen Mitteln finanzieren konnten?
119. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Was sind insbesondere die Gründe für die Vergabe von Forschungsprojekten über die Verbesserung der Lichtausbeute von Glühlampen an die Firmen Philips und Osram für insgesamt 6,3 Millionen DM, und welchen Zugang haben kleinere und mittlere Unternehmen zu den Forschungsergebnissen für die nunmehr abgeschlossenen Forschungsprojekte über energiesparende Glühlampen?

Bonn, den 25. September 1981

